

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Coppingerstraße 10 I, Stuttgart.

Inserat
pro Spaltlänge 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Prinzipalangelegenheiten in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 29

Stuttgart, den 16. Juli 1904.

20. Jahrgang

Die neuen dänischen Tarifverträge.

Die dänischen Buchbindermeister und Buchbinderbesitzer haben mit ihrer langdauernden Ausföhrung nicht das erreicht, was sie erreichen wollten: die Verlängerung der alten Tarifverträge auf vier Jahre, sondern das, was sie nicht wollten: Erhöhung der Löhne. Man kann also mit Recht sagen, daß der Gewinn auf der Seite unserer Kollegen liegt, wenngleich dieser Gewinn ein gut Stück hinter den Forderungen, die sie gestellt hatten, zurückgeblieben ist. Gefordert wurden ursprünglich für Gehilfen in Kopenhagen 25 Kronen, in der Provinz 22 Kr. Wochenlohn; für geübte Arbeiterinnen 16 Kr. in Kopenhagen, 11 Kr. in der Provinz; für weniger geübte und für Anfängerinnen waren geringere Forderungen aufgestellt. Die Arbeitszeit sollte in der Hauptstadt 9, in der Provinz 9½ Stunden betragen. Die geforderten Löhne waren im Verhältnis zu dem, was Arbeiter anderer Berufe in Kopenhagen und in den übrigen dänischen Städten verdienen, recht gering, und auch im Verhältnis zu den Preisen der Lebensbedürfnisse durchaus nicht zu hoch bemessen. Die Wohnungsmieten sind zwar zurzeit in Kopenhagen, wo jetzt an 9000 Wohnungen leer stehen und eine furchtbare Baukrise herrscht, niedriger als in Berlin und anderen Großstädten und auch die Lebensmittel sind zum Teil etwas billiger als in Deutschland, eine Folge davon, daß es in Dänemark keine landwirtschaftlichen Schutzzölle gibt und die Landwirtschaft, namentlich was die Viehzucht anbelangt, außerordentlich leistungsfähig ist. Dagegen sind die Industrieprodukte, besonders die Kleider, in Kopenhagen teurer als in Berlin und anderen deutschen Großstädten. Im allgemeinen kann man sagen, daß man dort nicht billiger lebt als hier, ja, daß man dort in vielen Fällen 1 Krone (1,12 Mk.) gerade so schnell los wird, wie hier 1 Mk.

Haben nun unsere dänischen Kollegen und Kolleginnen ihre bescheidenen Forderungen nicht in vollem Maße durchsetzen können, so war das sicher nicht ihre eigene Schuld. Sie haben Einmütigkeit und Ausdauer genug bewiesen und auch an Organisation fehlte es ihnen nicht. Sie wurden auch von der gesamten Arbeiterschaft Dänemarks in ihrem Kampfe unterstützt. Aber sie standen einer nicht minder gut organisierten Arbeiterschaft gegenüber und hatten noch einen schlimmeren Feind, der die gewerkschaftlichen Kämpfe viel mehr beeinträchtigt, und das ist die Arbeitslosigkeit, die bereits zu Beginn der Lohnbewegung in der Buchbinderbranche vorhanden war und auch in anderen Gewerben herrschte, so daß es diesen Arbeitern wohl nicht zugunsten werden konnte, die schweren Opfer für die ausgesperrten Buchbinder noch auf unabsehbare Zeit zu bringen. Mit Rücksicht auf diese so schwierigen Verhältnisse erscheint das Erreichte immerhin als eine annehmbare Verbesserung.

In dem Abkommen für Kopenhagen, zwischen der „Buchbinderinnung“ und dem „Buchbinderfachverein von 1873“ wird die tägliche Arbeitszeit auf 9½ Stunden festgesetzt. Die Arbeitsstunden sollen vom 1. April bis 1. Oktober in die Zeit von 6 Uhr morgens und 7 Uhr abends fallen, während der übrigen Monate in die Zeit von 7 bis 7 Uhr. Soweit möglich sollen mindestens zwei Speisepausen von je einer halben Stunde

gewährt werden. Für Überzeitarbeit bis zu drei Stunden, sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit — doch nicht über 1 Uhr mittags und nicht über fünf Stunden — sollen 40 Prozent Zuschlag, für alle weitere Überzeitarbeit 100 Prozent gezahlt werden. Der Stundenlohn für Gehilfen, 1½ Jahr nach beendeter Lehrzeit, soll im ersten Jahre vom Datum dieses Abkommens an gerechnet mindestens 38 Dre betragen (bisher 37 Dre), in den drei folgenden Jahren mindestens 39 und danach mindestens 40 Dre. In den ersten 1½ Jahren nach der Lehrzeit können Gehilfen für geringeren Lohn arbeiten, doch nicht unter 32 Dre (bisher 31 Dre). Bei Wiederaufnahme der Arbeit werden alle Löhne bis 42 Dre um 2 Dre, alle Löhne von 43 Dre um 1 Dre erhöht. (Tatsächlich erhalten also diejenigen, die bisher den 37 Dre-Minimallohn hatten, nun 39 Dre.) — Arbeiterinnen, die das 16. Lebensjahr erreicht haben und mit dem Lehrzeugnis der Innung versehen sind, erhalten im ersten halben Jahre 14 Dre, im folgenden Jahre 17, im nächsten 22 und dann 26 Dre (bisher 25 Dre; die übrigen Lohnsätze sind die gleichen geblieben). In den Fällen, wo der Arbeitgeber nicht Fachmann ist, gilt das Lehrzeugnis nur dann, wenn es von dem sachgelehrten Geschäftsführer oder Werkführer unterschrieben und vom Obermeister beglaubigt ist. Für Arbeiterinnen, die nach dem vollendeten 16. Lebensjahr in das Gewerbe eintreten, ist die Lehrzeit ein halbes Jahr. In Betrieben, wo die Arbeitszeit kürzer als 9½ Stunden ist, soll der Wochenverdienst doch für Arbeiterinnen nicht geringer als, den vorhin angeführten Lohnstufen entsprechend, 8 Kr., 10 Kr., 12,50 Kr. und 14,80 Kr. fein; der Wochenverdienst der Gehilfen nicht unter 18,25 Kr. und 22,25 Kr., wenn eine volle Woche gearbeitet wurde. Vom 1. Juli 1908 ab werden die zuletzt erwähnte Lohnsätze von 22,25 Kr. auf 22,80 Kr. erhöht. — Abweichungen von den Lohnbestimmungen können in den Fällen zugelassen werden, wo Gehilfen oder Arbeiterinnen aus einem oder anderem Grunde nicht den Löhnen Entsprechendes leisten können. Die Vorstände der beiden Organisationen können in jedem solchen Falle geringere Löhne festsetzen. Arbeiterinnen, die nicht als Helfer mit Drahtheften oder Buchbinderarbeiten nach dem Festen beschäftigt werden, erhalten den für Gehilfenarbeit festgesetzten Lohn. Eventuell kann ihr Lohn nach den Ausnahmebestimmungen für Minderleistungsfähige festgesetzt werden. — Der nach einem Abkommen vom 15. Februar 1902 aufgestellte Akkordtarif soll durchgesehen und abgeändert werden, wobei der 39 Dre-Stundenlohn als Grundlage der Berechnungen dienen soll. Hierzu wird sofort ein Ausschuss, aus gleich vielen Mitgliedern beider Organisationen bestehend, eingesetzt, der seine Arbeiten bis spätestens den 1. August d. J. beendet haben muß. Punkte, über die keine Einigung erzielt wird, sollen spätestens am 2. August den Vorständen beider Organisationen zu gemeinsamer Beratung und Erlebigung überwiesen werden. Als letzte Instanz sollen je ein Mitglied der geschäftsführenden Ausschüsse der beiden Hauptorganisationen entscheiden. Die endgültige Entscheidung muß spätestens bis zum 1. September d. J. vorliegen.

Zu dem Abkommen für die Provinz zwischen der „Zentralvereinigung der Buchbindermeister“ und dem „Dänischen Buchbinderverband“ ist die Arbeitszeit auf zehn

Stunden festgesetzt; im übrigen ist sie auf dieselben Stunden des Tages beschränkt wie in Kopenhagen. Für Überzeitarbeit sollen bis 11 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen bis 12 Uhr mittags 40 Prozent, für alle weitere Überzeitarbeit 80 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Der Stundenlohn beträgt für Gehilfen, 1½ Jahre nach der Lehrzeit, im ersten Jahre dieses Abkommens 31 Dre, in den nächsten drei Jahren 32 Dre und danach 33 Dre (bisher 18 Kr. Wochenlohn). In den ersten 1½ Jahren nach der Lehrzeit kann geringerer Lohn bezahlt werden, jedoch nicht unter 28 Dre (bisher 16 Kr. Wochenlohn). Alle Löhne bis zu 35 Dre (21 Kr. pro Woche) erhöhen sich bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Dre; Löhne von 21,50 und 22 Kr. auf mindestens 37 Dre pro Stunde. Kost und Logis beim Meister ist nicht zugelassen in Städten mit über 3000 Einwohnern. In kleineren Städten soll Kost und Logis nicht höher als auf 8 Kr. die Woche berechnet werden. Für Arbeiterinnen von über 16 Jahren, die Mitglieder des Buchbinderverbandes sind, ist der Stundenlohn im ersten halben Jahre 10 Dre, im nächsten Jahre 13, danach 20 Dre. Die Lehrzeit beträgt für Arbeiterinnen über 16 Jahre, wie in Kopenhagen, ein halbes Jahr. So niedrig die hier für Arbeiterinnen festgesetzten Löhne auch sind, bedeuten sie doch einen Fortschritt, da bisher für Arbeiterinnen überhaupt keine Abmachungen für die Provinzbuchbindereien bestanden haben. In Betrieben, wo weniger als zehn Stunden täglich gearbeitet wird, sollen die Arbeiterinnenlöhne mindestens 6, 7,80 und 12 Kr., die Gehilfenlöhne mindestens 16,80 und 19,20 Kr. die Woche betragen. Der zuletzt erwähnte Lohnsatz erhöht sich vom 1. Juli 1908 ab auf 19,80 Kr. Die Bestimmung über Ausnahmen vom Minimallohn ist in diesem Abkommen besser abgefaßt als in dem für Kopenhagen; sie lautet:

„Der festgesetzte Arbeitslohn soll an alle ohne Ausnahme bezahlt werden, doch können der Vorsitzende der Zentralvereinigung und der Geschäftsführer des Buchbinderverbandes gemeinsam bestimmen, daß Arbeitsinvaliden oder andere, wo besondere Gründe dafür sprechen, für geringeren als den allgemein angenommenen Lohn arbeiten können. In solchen Fällen ist ein Schema vom Arbeitgeber des Betreffenden und eines von seinen Kollegen auszufüllen, auf Grund dessen die Beurteilung erfolgt.“ Das Abkommen für die Provinz enthält ebenfalls eine Bestimmung über Bezahlung von Gehilfenlöhnen an Arbeiterinnen und sie lautet so: „Arbeiterinnen, die nicht als Helfer sowohl mit Drahtheften als auch mit Buchbinderarbeiten nach dem Festen beschäftigt werden, erhalten bei Akkordarbeit den im Akkordtarif festgesetzten Lohn für Gehilfenarbeit. Fachgelehrte Arbeiterinnen erhalten vollen Gehilfenlohn.“ Wo Akkord gearbeitet wird, soll in der Provinz der kopenhagener Akkordtarif minus 15 Prozent gelten.

Beiden Abkommen gemeinsam ist die Bestimmung, daß sie am 27. Juni 1904 in Kraft treten und nach dreimonatiger Kündigung an ihrem 1. Juli, jedoch frühestens am 1. Juli 1909 ihre Gültigkeit verlieren können. Dem Abkommen für Kopenhagen sind noch folgende protokollarischen Bemerkungen angefügt:

„Die Buchbinderinnung und der Buchbinderfachverein sind einig, darauf hinzuwirken, daß die Anzahl der weiblichen Lehrlinge in einem passenden

Verhältnis zur Größe der Werkstätte steht, eventuell durch Festsetzung einer Gehrlingskala.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo keine allgemein geltenden Löhne für Kartonnarbeiter festgesetzt werden können, gilt der im Übereinkommen festgesetzte nicht für diese Arbeiter. Es können später, wenn die Organisation der Buchbinderarbeiter es wünscht, Verhandlungen darüber eingeleitet, und bestimmte Löhne für spezielle Kartonnarbeiter festgesetzt werden. Wenn Kartonnarbeiter mit Buchbinderarbeiten beschäftigt werden, gelten für sie die im Übereinkommen festgesetzten Löhne; ebenso wenn Buchbinderarbeiter mit Kartonnarbeit beschäftigt werden.

Die Parteien sind einig darin, daß mit keinem Arbeitgeber außerhalb der Zunft ein Übereinkommen getroffen werden darf, das für den betreffenden Arbeitgeber günstigere Bedingungen als das hier vorliegende Übereinkommen enthält.

Das sind im wesentlichen die Bestimmungen, nach denen die Arbeitsverhältnisse unserer dänischen Kollegen für die lange Zeit von fünf Jahren geregelt werden. Wir können nur wünschen und hoffen, daß bald eine Steigerung der Arbeitsgelegenheit eintreten möge, damit nicht allzu viele genötigt sind, sich mit dem Minimallohn zu begnügen, und dabei noch mit einer langen arbeitslosen Zeit zu rechnen haben. Einen Vorteil hat der dänische Buchbinderverband jedenfalls vor dem deutschen voraus, und das ist der, daß auch ein für das ganze Land geltender Tarifvertrag besteht.

Bericht vom Dresdener Verbandstag.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Entgegennahme einiger Begrüßungsschreiben wird auf Antrag Schlegel-Hamburg eine Kommission eingesetzt, um in die Hamburger Angelegenheit, die beantragte Ausschließung eines Kollegen und die an den Verbandsvorstand gerichteten Briefe eines Hamburger Mitglieds betreffend, Einblick zu gewinnen. Der Kommission gehören an: Gütth-Wielefeld, Pöschel-Leipzig, Stufenbrock-Hannover, Rindfleisch-Kiel und Wagner-Berlin.

Darauf gibt Verbandskassierer Hau-eisen seinen Bericht, der auf die vorliegenden Jahresberichte sowie auf eine den vorliegenden Anträgen angehängte Tabelle verweist, die in interessanter Weise Mitgliederzahl und Finanzgebarung der letzten zehn Jahre veranschaulicht. Der Kassenbestand beziffert sich mit Abschluß des zweiten Quartals auf etwas über 300 000 Mk. Der Kassierer konstatiert mit Befriedigung, daß die Abrechnung

der Zahlstellentassierer jetzt pünktlicher erfolge, als früher. Redner erucht in seinem Bericht, daß die noch einzuführende Revisionskommission der Hamburger Streikabrechnung einige Aufmerksamkeit schenken möge, wozu Küster-Hamburg bemerkt, daß er damit sehr einverstanden sei und selbst ein lebhaftes Interesse an der Aufklärung dieser Sache habe. In die betreffende Revisionskommission werden gewählt: Zipperer-Leipzig, Grotz-Stranfurt und Hoffmann-Berlin.

Sodann erstattet der Redakteur Schmidt seinen Bericht. Er legt, unter vorläufiger Ausschcheidung seiner Ansichten über die Neutralitätsfrage dar, von welchen Grundsätzen er sich bei der Redaktion der Zeitung leiten ließ. Nicht Artikel über die sogenannte hohe Politik halte er für eine Gewerkschaftspresse zweckmäßig, sondern sich mehr mit rein gewerkschaftlichen und organisatorischen Fragen zu beschäftigen, wozu sich die Behandlung der wirtschaftspolitischen Fragen gesellen, sowie die sogenannten Fachartikel. Er erläutert weiter, welche Absichten ihn bei einer anderen Neuerrichtung der Zeitung leiten würden. — Es seien an ihn gleich bei seinem Amtsantritt große Anforderungen gestellt worden, weil kurz darauf im Jahre 1900 die Lohnbewegung mit der im Gefolge gebliebenen Ausperrung ausbrach. Bei der Einführung der „Gewerkschaftlichen Umschau“ leitete ihn der Gedanke, allmonatlich eine gedrängte Übersicht über alle für die Gewerkschaften interessanten Vorgänge des öffentlichen Lebens zu geben. Dazu jemanden zu finden, war aber nicht so leicht — er konnte die Arbeit nicht übernehmen —, da jemand über einige Kenntnisse verfügen muß. Er fand dann in der Person des Frl. Imle eine Kraft, die dieser Aufgabe gewachsen war, jedoch in ihren Arbeiten zuviel Sozialpolitisches brachte, dagegen zu wenig Gewerkschaftliches. Als sich das Mitarbeiterverhältnis mit ihm und Frl. Imle vor drei Monaten löste, weil diese ihm mitgeteilt, daß sie der Richtung der freien Gewerkschaften nicht mehr angehöre, habe er diese Arbeit sich selbst aufgebürdet, um es nun der Beurteilung des Verbandstags zu überlassen, ob damit gebrochen werden soll. Redner wolle zum Schluß nicht unterlassen, auch einmal darauf hinzuweisen, daß unsere Zeitung in typographischer Ausstattung die Konkurrenz mit jedem anderen Gewerkschaftsblatt aushalte. Er hoffe nicht auf ungeteilte Anerkennung seiner Tätigkeit, bitte aber nach sachlichen Momenten zu prüfen.

Kloth-Leipzig weist zunächst auf den Wert und die Macht der Presse hin, den er auch der Gewerkschaftspresse zuerkennt, deshalb müßten auch die Verbandsmitglieder besondere Aufmerksamkeit auf ihre Haltung verwenden. Schmidt habe in den

vier Jahren eine große Wandlung in seinen Anschauungen durchgemacht, so auch in der Maifeierfrage, schrieb er doch noch vor zwei Jahren Maifeiertage in unserer Zeitung. Eine Reihe Zitate aus Artikeln der Jahrgänge 1900 und 1901, in denen eine gewisse Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft betont wurde, zeigt diese Wandlung besonders.

Er sei auch entschieden dafür, daß die Gewerkschaften neutral sein müssen, doch nicht neutral in dem Sinne, wie Schmidt das nach seinen Auslassungen ist; soweit dürfe die Neutralität denn doch nicht ausgedehnt werden, denn auch der Staat und die Behörden verhalten sich alles weniger denn neutral den Arbeitern gegenüber. So ist den Eisenbahnern laut Verfügung des Eisenbahnministers das Koalitionsrecht direkt genommen. Die Gewerkschaften könnten sich der Beschäftigung mit Politik nicht entziehen, es könne ihnen auch durchaus nicht gleichgültig sein, von wem die parlamentarische Vertretung der deutschen Arbeiter ausgeht wird, deshalb haben sie auch ein Interesse an dem Ausfall der politischen Wahlen. Gerade die englischen Gewerkschaften seien dadurch, daß sie sich von der Beschäftigung mit der Politik fernhalten, zu einem gewissen Stillstand gekommen und sie würden jetzt, und zwar auch in der Mitgliederzahl von den deutschen Gewerkschaften überflügelt. Die Neutralitätsfrage sei keine prinzipielle, sondern eine praktische Frage; Schmidt aber treibe Neutralitätsfegerei. Wie weit er vom rechten Wege abgewichen ist, beweist die Heranziehung des Frl. Imle, die eine große Gesinnungswandlung durchgemacht habe, und zwar vom Anarchismus zum Sozialismus, um jetzt in dem Schoße der Kirche zu landen; auch das Lob des christlichen Gewerkschaftsführers Brust spreche dafür und Schmidt behandle diesen mit großer Nachsicht, obgleich Brust sich im Landtag gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ausgesprochen habe. Wir dürften doch nie vergessen, daß die christlichen Gewerkschaften ausgesprochenmaßen gegründet wurden, um den freien Gewerkschaften den Boden abzugraben, deshalb sei Schmidts Stellung, der sonst gegen jede Abspaltung energisch zu Felde ziehe, zu den christlichen Gewerkschaften doppelt verwerflich. Schmidt ist auch in der Generalstreitfrage zu einseitig, er habe Äußerungen absprechenden Urteils registriert, doch solche wohlwollenden Urteils nicht, wie solche aus der „Neuen Zeit“. Er (Redner) wolle nicht den Generalstreit in jeder Situation, aber unter gewissen Umständen sei er anwendbar; so hätte der holländische Generalstreit vom Redakteur Unterstützung finden müssen, statt der abfälligen Beurteilung. Jede persönliche Animosität gegen den Redakteur liege ihm vollständig

Im Dienst.

(Frei nach dem Französischen.)

(Schluß.)

Die Sonne stand hoch am Himmel und es war sehr heiß.

Die beiden gingen schweigend weiter auf der staubigen grauen Landstraße. Der Mann sah finster drein, mühsam schleppte sich die Frau nach.

Als man in ziemlich weiter Entfernung weder Landhaus noch Wirtshaus mehr gewahrte, zeigte die Frau nach einem stattlichen Laubbaum, der, mitten auf einer Wiese, kühlen Schatten verbreitete. „Wir wollen dort ruhen“, sagte sie müde. Beide richteten ihre Schritte nach diesem Ziel.

Der Gärtner warf sich ins Gras, während auch die Frau sich mit Anstrengung niederließ. Sie leuchtete.

„Ich ersticke, wenn ich das Kleid nicht aufnehme“, sagte sie, indem sie zu den Worten die Tat fügte.

„Brauchst dich nicht mehr zu plagen jetzt“, stimmte der Mann bei, „wir sind außer Sicht, und hier kennt uns niemand; ziehe dein Korsett aus und mache es dir bequem.“

Sie tat feuchend, wie ihr geraten. Nun war ihre Gestalt eine ganz andere, sie war hochschwanger.

„Warum hast du's ihr denn nicht gesagt, wie es ist?“

„Wie konnte ich denn? Du hast ja gehört, daß sie uns dann nicht genommen hätte, ebensowenig wie die, bei der wir uns verflorenen Woche vorgestellt haben. Sol sie der Teufel, das vornehme

Back! Sie haben Kinder, aber unsereins darf keine haben. — Wir hätten nicht so dumm sein sollen und es unserer früheren Herrschaft sagen, dann hätten wir uns die zwei Monate Glends und Sorge erspart. Und was wird jetzt werden?“

„Ja, was wird jetzt werden?“ wiederholte trostlos auch die Frau.

„Wir haben angenommen, die Stelle ist leidlich gut; es ist keine Wahl, wir suchen schon zu lange, wir müssen natürlich hingehen.“

Beide versieten in dumpfes Brüten. Lange wurde kein Wort gewechselt. Ab und zu wischte die Frau verstoßen eine Träne ab.

Als der Mann das bemerkte, zogen sich einen Augenblick seine Brauen finster zusammen, aber nur einen Augenblick, dann glättete sich seine Stirn und mit einem Ruck war er an der Seite seines Weibes.

„Weine nicht, Liebste“, hat er weich, „es muß gehen und es wird gehen.“

Sie weinte heftiger und er ließ sie gewähren, wohl wissend, daß die Tränen Erleichterung bringen.

„Ich hasse diese Gräfin“, fuhr sie auf, „ja, ich hasse sie. — Und doch hat sie recht: wenn man arm ist, ist es besser, man hat keine Kinder. Freilich, wenn man arm ist, wäre es auch besser, man würde nicht heiraten; das hat ja Mutter immer gesagt.“

„Daß das, das sind unnütze Reden und sie machen einen bitter. Verheiratet sind wir und das Kind ist auf dem Wege, und beides müchtest du ja doch nicht ungeschefen machen, auch wenn du es könntest, das weiß ich ja trotz allem.“

Er sagte das so einfach und herzlich und seine blauen Augen blickten sie so treu an, daß sie ihm beide Hände entgegenstreckte und vertrauensvoll den Kopf an seine Schulter lehnte.

„Wir müssen nun einen Entschluß fassen“, hob er an, als er sah, daß sie einigermaßen beruhigt war. „Wie lange Zeit hast du noch vor dir?“

„Göchstens noch vierzehn Tage.“

„Um so besser. Du gehst gar nicht mit in die Stelle; du bist krank geworden und bleibst bei deiner Mutter. Du kannst die Hitze nicht ertragen und hast zu viel müssen hin- und herlaufen in der letzten Zeit, wenn du aber einmal in dem hübschen Gärtnerhäuschen lebst, am Eingang des kühlen Parks, dann wirst du gesund sein wie eine Eichel.“

„Wird sie das annehmen?“

„Man kann doch nicht dafür, wenn man krank ist, das kann doch jedem passieren, so unmeniglich wird sie doch nicht sein; außerdem müßte sie dann wieder andere Leute suchen, da wird sie sich wohl lieber ein paar Tage gedulden und es ist ja auch nicht viel zu tun für dich.“

„Biel oder wenig, der Dienst ist der Dienst, da muß ich sein, und wenn ich nicht da sein kann, so müssen wir wohl für eine andere sorgen. Wie wär's, wenn du deine Schwester so lange zu dir nähmest; es ist der einzige Ausweg.“

„Das könnte gehen; da ist aber keine Zeit mehr zu verlieren; ein Glück, daß wir erst nächste Woche eintreten sollen, so kann Morie noch bequem kommen. So machen wir's, siehst du, so geht es ja; nun sei aber auch wieder heiter und fasse Mut.“

„Aber das Kind!“ fragte die Mutter kleinlaut.

fern, er halte es aber für notwendig, daß der Verbandstag mit der Haltung der Zeitung in der Neutralitätsfrage nicht einverstanden ist; er wolle dem Redakteur die Arbeit an unserer Zeitung nicht unmöglich machen, ihm müsse aber eine Richtschnur für die fernere Zeit gegeben werden, was er mit folgender Resolution bezwecke:

„Der Verbandstag erklärt sich für die Neutralität der Gewerkschaften. Der Verbandstag ist aber ferner der Meinung, daß zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung und Bewegung einige Wechselbeziehungen bestehen, die zu pflegenden Aufgaben der „Buchb.-Ztg.“ ist und sie in Zukunft besser wie bisher erfassen möge. Der Verbandstag kann auch den Standpunkt der Redaktion in bezug auf die Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht teilen und hält dieselben für Gegnerorganisationen, gegründet zu dem Zwecke, den freien Gewerkschaften den Boden abzugraben. Derselbe Standpunkt ist seitens der „Buchb.-Ztg.“ den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gegenüber einzunehmen.“

Bergmann-Berlin erkennt an, daß die Zeitung allgemein einen Fortschritt gemacht habe, doch einige Ausstellungen hätten auch die Berliner zu machen, so besonders in der Stellung des Redakteurs zu der Neutralitätsfrage und der Mitarbeit des Fr. Imle. Es sei auch unangenehm aufgefallen, daß sich die „Buchb.-Ztg.“ so wenig mit der Reichstagswahl beschäftigt habe, desgleichen war des Redakteurs Zurückhaltung zum Grimmschauer Streik unrichtig und die Erwähnung der Breslauer Streikbrecherurteile zu kurz; vielfach Anstoß erzeuge auch der Briefkasten. Das Feuilleton sollte mit Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder nicht so oft ausfallen, sondern möglichst regelmäßig in jeder Nummer eins erscheinen, auch sollen die Versammlungsberichte nicht zu sehr eingeschränkt werden. Bei der Zumeisung der Zeitung an die Zahlstellen solle nicht zu knauserig verfahren werden. Anerkannt müßte werden, daß bei der Tarifbewegung der drei Städte, namentlich im letzten Jahre, der Redakteur die Forderungen der Kollegen geschickt vertreten habe.

Albert-Magdeburg erklärt, daß ihm beide Vorredner viel von dem weggenommen haben, was er ausführen wollte. Die „Buchb.-Ztg.“ finde heute nicht mehr die Beachtung in der anderen Presse wie früher, werde sie zitiert, so in der gegnerischen Presse und finde mit ihren Ausführungen Zustimmung nicht nur bei Brust, sondern auch bei der „Post“ und bei den Kreisblättern. Die Mitarbeit des Fr. Imle sei ein Skandal. — Redner beschäftigt sich ausführlicher mit Schmidts Maifeierartikel aus den „Sozialistischen Monatsheften“, aus dem er größere Stellen zitiert. Die in diesem Artikel geäußerte Ansicht gelte nicht nur für die

Meinung Schmidts in der Maifeierfrage, sondern sie ist überhaupt bezeichnend für Schmidts Anschauungen über die Arbeiterbewegung, es sei bedenklich, wenn jemand mit solchen Ansichten Redakteur eines Arbeiterblattes ist.

Sailer-Luckenwalde wendet sich in scharfen Worten gegen die Haltung der Zeitung; wenn Schmidt gefagt habe, daß die Zeitung in typographischer Hinsicht gut sei, so müsse er dem insofern zustimmen, als der Druck und das Papier das Beste daran ist, der Inhalt habe sich verschlechtert. Redner nimmt ferner besonderen Anstoß an dem Briefkasten. Es müsse ein entschiedener Protest gegen die Haltung der Zeitung hier ausgesprochen werden.

D. Schröter-Leipzig wendet sich ebenfalls gegen die Haltung der Zeitung und sucht Schmidt Widerprüche in seinen Anschauungen nachzuweisen. Grotz-Frankfurt spricht sich besonders mißfällig über den Maifeierartikel Schmidts aus und fragt an, ob auch der Verbandsvorstand mit dem einverstanden sei, was Schmidt schreibt, worauf der Verbandsvorsitzende Dietrich erklärt, daß er nicht mit allem was Schmidt geschrieben einverstanden sei, er sei ein Anhänger der Maifeier.

Da die Rednerliste erschöpft ist, es aber bereits 1/2 12 Uhr ist, so wünscht Schmidt, mit seiner Entgegnung erst nach der Mittagspause anzufangen, weil ihm die Zeit jetzt nicht dazu reiche. Auf Antrag Albert wird beschloffen, Schmidt das Wort sofort zu erteilen, der seine Ausführungen nachmittags fortsetzen könne.

Redakteur Schmidt weist eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß die Frage der Neutralität in den Gewerkschaften vorläufig nicht von der Tagesordnung der öffentlichen Debatte verschwinden wird, was seinen natürlichen Grund darin habe, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die Stärkung der Gewerkschaften zu Auseinandersetzungen in dieser Frage führe; es sei jetzt noch nicht vorauszusetzen, wohin diese Entwicklung treibe. Es sei nun so dargestellt worden, als ob er verlangt habe, die Gewerkschaften sollten sich mit Politik überhaupt nicht beschäftigen. Das sei nicht der Fall und entspreche auch seiner Leitung der Zeitung nicht. Der springende Punkt sei doch der, ob die Gewerkschaften sich als Anhängsel einer politischen Partei betrachten sollen. Und dem widerspreche er und berufe sich dabei auf diesbezügliche Äußerungen von Bebel, Mollenhuth und Kautsky, um zugleich zu zeigen, ob die Propagierung der Neutralität der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Gesinnung unvereinbar ist. Redner zitiert mehrere Stellen aus der Broschüre und Rede Bebels über „Politische Partei und Gewerkschaft“, aus denen

er zu beweisen versucht, daß auch Bebel sich bei gewissen Fällen für ein gemeinsames Vorgehen, für ein Kartell der freien Gewerkschaften mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen ausgesprochen habe, daß man ihm aber als Kapitalverbrecher angerechnet habe. Nach einigen weiteren allgemeinen Ausführungen zu dieser Sache geht Schmidt auf die einzelnen Vorwürfe ein. Fr. Imle habe er als Mitarbeiterin geholt zu einer Zeit, wo sie Mitglied unseres Verbandes und sogar noch Mitglied der sozialistischen Partei gewesen war, ihre Kenntnis in gewerkschaftlichen und namentlich tariflichen Angelegenheiten ließ sie ihm wertvoll erscheinen; als Fr. Imle ihm jedoch später selbst Mitteilung von ihrer Gesinnungsänderung gemacht, habe er das Mitarbeiterverhältnis mit ihr gebrochen. Kollege Albert stehe die sittliche Entrüstung angesichts seiner gefrigen moralischen Niederlage besonders gut und mit Bezug darauf, daß Albert, als er noch selbst im anarchistischen Fahrwasser segelte, gute Freundschaft mit Fr. Imle hatte. Redner weist nach, gegenüber der Äußerung Klotzs, daß seine Schilderung im Leitartikel in Nr. 27 in Sachen des Beschlusses des Berliner Verbandstags zu der 1900er Lohnbewegung nicht den Tatsachen entspreche, daß dies doch der Fall ist. Gegenüber den Vorwürfen, daß er zu sehr der friedlichen Weilung durch Verhandlungen bei Lohnbewegungen in der Zeitung das Wort rede, anstatt dem notwendigen Kampfe, müsse er doch betonen, daß er den ersten Standpunkt nur solange vertrete, als eine Weilung möglich und vorteilhaft, sonst aber auch dem Kampfe entschieden das Wort geredet habe, so hätten ihm die Leipziger und Berliner bei seiner Stellung in der letzten Tarifbewegung Anerkennungen zugesandt. (Zustimmung der Berliner und Leipziger.)

Nach 12 Uhr bricht Schmidt seine Ausführungen ab und beginnt damit nach der Mittagspause.

Redakteur Schmidt holt in der Neutralitätsfrage noch einiges nach und bemerkt unter anderem, daß die Parteipresse dem gewissenhaften Gewerkschaftsredakteur vielfach Veranlassung gebe, sich gegen deren Beurteilung der Gewerkschaften wenden zu müssen, wenn nach jedem verlorenen Streik die Zwecklosigkeit der Gewerkschaften nachgewiesen wird. Es lasse sich durchaus nicht bestreiten, daß die sozialdemokratische Partei in den Parlamenten am wirksamsten Arbeiterinteressen vertrete, doch nicht allein die Macht besitze, Gesetzesentwürfen zur Annahme zu verhelfen.

In der Maifeierfrage könnte es zweifelhaft erscheinen, ob hier darüber gerichtet werden könne, denn er habe gerade deshalb, um eine lange Polemik in der „Buchb.-Ztg.“ zu vermeiden, für die „Soz. Monatshefte“ den Artikel geschrieben.

„Ja, Schatz, das Kind, siehst du, das geht nicht anders, das können wir nicht aufziehen, das müssen wir fortgeben.“

Der jungen Frau wollte das Herz brechen, aber sie sagte kein Wort. Wie hätte sie sie ansprechen können, alle die finsternen Gedanken und bedrückenden Gefühle, die sie bestürmten und ihr die Brust beklemmten! Schon einmal hatte sie ihr Kind fortgeben müssen zu Fremden, und als sie es wieder gesehen, war es kalt und tot. . . „Gut, ganz gut“, hatte jene abscheuliche Frau gesagt, während sie ihre Kinder gesund und fröhlich um sich spielen gesehen . . . und nun sollte sie auch dieses wieder fortgeben — und es würde auch wieder sterben — — freilich, wenn man arm ist, ist es ja besser, man hat keine Kinder.

Die Sonne ging abwärts, die Schatten wurden länger auf den Wiesen, der Mann hatte sich gestärkt, indem er dem Mundvorrat, den die Frau in ihrer Lebetsafte bei sich trug, tüchtig zugesprochen und auch sie genötigt, etwas zu sich zu nehmen. Die beiden brachen auf und gingen heimwärts, aber ihr Heimgang war keineswegs fröhlicher als ihr Fortgang, obgleich ihnen vorläufig nun wieder das tägliche Brot gesichert war.

* * *

Im Gärtnerhäuschen der Gräfin K. schaltet und waltet stille die junge Gärtnerin und das Ferkelvieh gedeiht wie noch nie, und jeden Tag kommen die gnädigen Fräuleins und holen die Eier, und die Tauben girren und die Schwäne ziehen majestätisch über den Teich und lassen sich von den Kindern

füttern. Die Gärtnerin bindet ihnen prachtvolle Buketts, die sie ihrer Mutter bringen.

Der Gärtner ist rüstig und munter und hat seine Freude an dem Gedeihen seiner Schützlinge, und die Gnädige wandelt zwischen Blumen auf Schritt und Tritt und sie ist zufrieden, obgleich sie es sehr genau nimmt.

Und wenn die Gärtnerleute abends, nach getaner Arbeit, am eisenumrankten Fenster beisamenseßen, falls der Gärtner nicht ein Spielchen macht mit dem Portier und dem Kammerdiener, so reden sie unfehlbar immer von ihrem „Buben“ und machen Pläne für die Zukunft.

„Bis in zwei bis drei Jahren“ meint der Vater, „suchen wir uns eine andere Stelle, wo wir den Buben zu uns nehmen dürfen. Ich muß ihn bei Zeiten bei mir haben, ein Gärtner kann nie zu früh anfangen zu lernen und Gärtner muß er werden; er wird dann schon verständig sein und niemanden zwischen die Beine laufen, der ihn nicht brauchen kann.“

Und die Mutter stimmt aus voller Seele bei und lächelt glücklich und streichelt dem Kinde in Gedanken den wirren Krauskopf.

Da schellt es heftig an der Gefindeglocke, sie hören es genau durch die tiefe Abendstille, und der Kammerdiener kommt gelaufen mit einem Telegramm.

„Sofort kommen, Kind krank.“

Kein unnützes Jammern und Händeringen. Die Frau geht nach der Kammer und macht sich bereit, indes der Mann zur Herrschaft eilt und sich unterwegs ausdenken muß, was er eigentlich sagen darf. Er wird sagen, seine Schwiegermutter sei sehr krank

und seine Frau bäte um Erlaubnis, zu ihr zu reisen. Ja, so muß er sagen, das geht.

Nun hat er die Erlaubnis und kommt zurück. Seine Frau ist reisefertig. Er sinkt auf einen Stuhl und bricht in Tränen aus, aber sie hat keine Tränen und keine Worte; sie eilt davon. Er muß laufen, wenn er sie einholen will durch die Gärten. Er bringt sie bis zur Station.

Der Zug fährt nicht ab. Oh! diese Marter! Und wie langsam er nur fährt! Wird sie denn nie ankommen? Wird sie ihren Liebling denn nie mehr sehen? Sie weiß schon, er ist tot . . . nein, das ist nicht möglich! nicht möglich! — man sagt ja doch, es gäbe einen Gott. . .

Jetzt hält der Zug an, diesesmal ist es ihr Bestimmungsort; sie springt heraus. Jemand steht da, der sie erwartet; man will mit ihr reden, sie aufhalten; aber sie hört und sieht niemanden, sie eilt ihres Weges fort, unaufhaltfam.

Sonst hat sie immer Mühe gehabt sich zurecht zu finden in dem fremden Städtchen, sie durfte ja so selten kommen; aber heute kennt sie den Weg, schon steht sie vor dem Haus. Nun zaudert sie. Sie braucht nur die Tür zu öffnen und sie sieht ihren Liebling — wie wird sie ihn sehen?!

Tot sah sie ihn wieder!

Sie hatte keine Gedanken und kein Empfinden mehr. Bis man sie davon wegriß, daß sie bei ihrem toten Kinde und blickte dumpfbrütend in das erstarrte Gesichtchen. Nur eins und immer wieder dasselbe brachte ihr gemartertes Gehirn hervor: „Wenn man arm ist, ist es besser, man hat keine Kinder!“

Kedner verbreitet sich des weiteren über die Frage und erklärt zum Schluß, daß er noch nie Maiseierartikel geschrieben und solche auch nie schreiben kann und werde. Gegenüber Klotz's optimistischer Ansicht über den Generalstreik verweist er auf die Behandlung dieses Themas auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag, wo dem Generalstreik nicht mal ein Begrüßnis erster Klasse bereitet wurde; außerdem auf die Äußerungen Wiegens in der „Neuen Zeit“ und ferner auf die in Bernsteins „Dokumenten des Sozialismus“ veröffentlichten Manifeste der holländischen Generalstreikleitung, die den Verlauf des Generalstreiks zeigen und dadurch seine Zwecklosigkeit und Unmöglichkeit; er halte es für unnötig, auf dem Verbandstag darauf näher einzugehen. Zur Reichstagswahl habe er nur einen Artikel gebracht — früher ist darin auch nicht mehr geschrieben —, weil mehr zu bringen praktisch wertlos war, denn die Wahlagitation drang in die entferntesten Orte, wo unsere Zeitung gar nicht hinkommt, und in den Städten sind durch die Tageszeitungen unsere Mitglieder genügend unterrichtet. Einzelne Gerichtsurteile und Streiks einzelner Gewerbe besonders ausführlich zu behandeln, halte er für unnützlich, da sonst in der Zeitung wichtige Dinge zurückstehen müßten. Mit den Zeitungen müßte sparhaft verfahren werden, das Feuilleton mehr zu berücksichtigen, wolle er versprechen. Sailer's Meinung über die Zeitung sei ihm aus gewissen Gründen nicht maßgebend, auch ständen ihm Urteile anderer Leute zu, denen er mehr Verständnis darin zutraue. Kedner geht dann noch ausführlicher auf die Nürnberger Angelegenheit ein und weist durch Belege aus der Nürnberger Zahlstelle nach, daß Klotz den Vorwurf gegen ihn zu wiederholtenmalen zu Unrecht erhoben habe, daß er damit „einen künstlichen Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaft konstruiert habe“. Er habe vermittelnd gewirkt und die ganze Sache sehr unlieb empfunden. — Zum Schluß meint er, daß ihm seine Ehrlichkeit vielfach geschadet habe, die ihn verpöndelte, stets seine Meinung zu allen Sachen ungeschminkt zum Ausdruck zu bringen.

Albert-Magdeburg polemisiert nochmals gegen Schmidt und bemerkt dabei unter anderem, daß wenn Schmidt keine Maiseierartikel schreiben wolle, die Frage aufzuwerfen sei, ob denn ein solcher Mann überhaupt noch eine solche Stellung in der Arbeiterbewegung bekleiden könne.

Weiter beteiligen sich noch an der Debatte Schewe-Berlin, der den Neutralitätsstandpunkt des Redakteurs auch als zu weitgehend bezeichnet, ferner Bergmann-Berlin, Klar-Berlin und Klotz-Leipzig, der bemerkt, daß Schmid's Maiseierartikel nicht ganz unter den Tisch zu werfen sei, sondern ganz beachtenswerte Stellen enthalte, doch Schmidt verkenne das Seelenleben des Arbeiters, der sich auch einmal im Jahre aus dem niedrigen Alltagsleben erheben wolle, um sich an einer Feier für die Menschheitsideale zu begeistern. Kedner bemerkt unter anderem, daß er an Albert's Stelle nach den Vorgängen des gestrigen Tages den Mund gehalten hätte.

Kornacker-Hannover schließt sich einem Teile der vorgebrachten Beschwerden an, erklärt aber im Auftrag seiner Zahlstelle, daß sie mit der Redigierung der „Buchh.-Ztg.“ im allgemeinen einverstanden sind.

Umbreit (Vertreter der Generalkommission) definiert den Neutralitätsgedanken und erklärt, daß die „Buchh.-Ztg.“ den christlichen Gewerkschaften gegenüber zu schonend sich verhalte, weil die christlichen Gewerkschaften zu dem ausgesprochenen Zweck bestehen, Zersplitterungspolitik zu treiben.

Zum Schlußwort polemisiert Redakteur Schmidt nochmals gegen die vorgebrachten Anwürfe und bemerkt Albert gegenüber, daß er dessen Drohung mit großer Ruhe und Gelassenheit entgegensehe; die Delegierten hätten ja später bei der Redakteurwahl Gelegenheit zu bestimmen, wen sie später als Leiter des Blattes haben wollen.

Hierauf wird um 5 1/2 Uhr die Debatte geschlossen und die Resolution Klotz mit allen gegen die Stimmen der vier Stuttgarter, des Heilbronner und Mannheimer Delegierten angenommen.

Föhler-Stuttgart motiviert die Abstimmung der Stuttgarter dahin, daß sie die Annahme der

Resolution als ein Mißtrauensvotum für den Redakteur betrachten; dem schließt sich Rügner-Mannheim an. Diese Meinung findet Widerspruch; Eberhard-Nürnberg erklärt, daß er diese Ansicht keineswegs begreifen könne, die Resolution bedeute keineswegs ein Mißtrauensvotum; dem schließt sich auch der Vorsitzende des Verbandstagsbureaus Brückner an.

Darauf folgt der Bericht des Ausschusses, den Schulze-Berlin gibt, der auf den vorliegenden Bericht verweist. Persönlich kommt Kedner auf einige Beschwerdeangelegenheiten zu sprechen, die Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenz zwischen Ausschuss und Verbandsvorstand zeitigten. Es handelt sich in der Hauptsache darum, ob der Ausschuss Beschlüsse des Vorstandes annullieren könne; über die Rechte des Ausschusses wird bei den diesbezüglichen Anträgen noch beraten werden.

Sodann erstattet Schlegel-Hamburg namens der Kommission Bericht über die Regelung des Gegenseitigkeitsverhältnisses mit den Österreichern und empfiehlt eine Resolution zur Annahme, die erklärt, daß kein Grund vorliege, das Verhalten des Vorstandes zu mißbilligen, dagegen die Erwartung ausdrückt, daß der Vorstand mehr wie bisher die mißlichen Verhältnisse der Bruderverbände berücksichtige und der Pflege der internationalen Solidarität mehr Aufmerksamkeit schenken möge. Von den Bruderverbänden wird darin erwartet, daß sie Einrichtungen treffen, die den unseren näher kämen, um so das Prinzip der Gegenseitigkeit realisierbar zu machen. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Grünwald-Wien gibt alsdann die Erklärung ab, daß sich der österreichische Vorstand betr. der Zurückzahlung des Darlehens geirrt habe und er deshalb die daran geknüpften Schlußfolgerungen zurückziehe.

Dritter Verhandlungstag.

Der nächste Verhandlungsgegenstand, die Beitrags- und Unterstützungsfrage, zeitigt eine überaus lebhaft debattierte; es wird in eine Generaldiskussion eingetreten, deren Ergebnis einer einzusetzenden Kommission, die die vielen Anträge zu einer einheitlichen Vorlage gestalten soll, als Nichtschluß dienen soll.

Verbandsvorsitzender Dietrich begründet die vom Verbandsvorstand gestellten Anträge auf Ausdehnung des Unterstützungsweffens, wodurch die Leistungsfähigkeit des Verbandes erhöht und die Interessen der Mitglieder weiter gefördert würden. Bei 50 Pf. Wochenbeitrag für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder glaubt der Verbandsvorstand die von ihm beantragten Unterstützungen einführen zu können. Bei dieser Erhöhung des Beitrags sei dann aber in Erwägung zu ziehen, ob nicht zwei Klassen eingeführt werden.

Walther-Leipzig spricht für Erhöhung der Beiträge, gegen den Staffelleibtrag, weiter aber auch gegen die zu weite Ausdehnung der Unterstützungen, um dem Verband nicht den Charakter einer Kampforganisation zu berauben; eine gute Ausgestaltung der Arbeitslosenunterstützung müsse Hauptaufgabe des Verbandes sein.

Sailer-Luckenwalde spricht seine Freude darüber aus, daß nun auch der Verbandsvorstand dem Staffelleibtrag wohlwollender gegenüberstehe, er selbst sei für Staffelleibträge, schon um die schlechter entlohnten Berufskollegen und die Hilfsarbeiter für den Verband gewinnen zu können, ist aber verpflichtet worden, dagegen zu stimmen.

Pfütze-Leipzig erklärt sich gegen den Staffelleibtrag schon deshalb, weil er die Arbeit der Funktionäre erschwere. Die Brant- und Wöchnerinnenunterstützung erscheine ihm undemokratisch, weil doch immer nur wenige die Möglichkeit haben, davon Gebrauch zu machen zu können, desgleichen erfreue sich auch die Hinterbliebenenunterstützung nicht seiner Sympathie, vielmehr wäre er für eine Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder, die praktisch und agitatorisch wertvoller wäre, wie alle vorbezeichneten Unterstützungen. Käme diese zur Einführung, dann müßten die Arbeiterinnen allerdings 30 Pf. Wochenbeitrag zahlen.

Drauh-Berlin plädiert demgegenüber für Einführung der Brant- und Wöchnerinnenunterstützung, zugleich für eine Verbesserung der jetzigen Arbeitslosen- und Gemäßregeltenunterstützung; er

halte die ersten Unterstützungen nicht für undemokratisch, denn was von denen behauptet wird, treffe für andere ebenfalls zu. Kedner ist gegen Staffelleibtrag der Beiträge.

Weil etwa 20 Kedner zu dieser Sache eingezeichnet sind, wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt.

Kornacker-Hannover spricht besonders für Einführung einer Invalidenunterstützung, schon um die älteren Kollegen an den Verband zu fesseln, die ohnedies zu Lohnbewegungen schwer zu bewegen sind. Von einer Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder verspreche er sich mehr als von der Brant- und Wöchnerinnenunterstützung.

Verbandskassierer Hauelsen erklärt sich wegen der mit dem Staffelleibtrag verbundenen Schwierigkeiten gegen denselben, doch werde ein Zweiklassenbeitrag sich kaum umgeben lassen, wenn der Beitrag auf 45 oder 50 Pf. erhöht wird, schon mit Rücksicht auf die kleinen Städte. Bei Einführung der beantragten Unterstützungen müsse der Beitrag erhöht werden. Mit Einführung der Krankenunterstützung wird nach seiner Berechnung die Verbandskasse zu stark belastet, desgleichen durch die Invalidenunterstützung. Gänzlich unannehmbar aber sei schlanweg eine Erwerbslosenunterstützung. Wer das beantrage, verkenne Zweck und Inhalt der gewerkschaftlichen Unterstützungen vollständig und er müsse es daher als sehr bedauerlich bezeichnen, daß die Generalkommission gegen die Einführung der sogenannten Erwerbslosenunterstützung, die ihm eine Nothetorheit zu sein scheine, nicht Front machte und Ausprüche auf den Generalversammlungen einiger Gewerkschaften wie: „Krankheit ist Arbeitslosigkeit gleich zu achten“, durch ihre Vertreter unwiderprochen läßt. Die Krankenunterstützung wäre auch ihm der praktischste und wirkungsvollste Unterstützungsweig, doch müsse er wegen seiner Undurchführbarkeit sich dagegen wenden und vor allem neben der für ihn selbstverständlichen Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung der Hinterbliebenenunterstützung das Wort reden, sowie der Brant- und Wöchnerinnenunterstützung.

Luft-Berlin erklärt sich für Staffelleibträge, desgleichen

Bytomski-Berlin, der seiner Meinung dahin Ausdruck gibt, daß, wenn früher schon die Staffelleibträge bestanden hätten, die Abspaltung der Portefeuille jedenfalls nicht geschehen sei; um das für die Zukunft zu verhüten, müsse eine niedrigere Beitragsklasse eingeführt werden, jetzt verpflichten uns erneut die Beschlüsse der Stuarbeiterkonferenz dazu. Kedner spricht für Erwerbslosenunterstützung für weibliche Mitglieder.

Klar-Berlin ist gegen Staffelleibträge, jedoch für die vorliegenden Erweiterungsanträge der Unterstützungen.

Schröter-Stuttgart erklärt sich für Erwerbslosenunterstützung, grundsätzlich aber für Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder; würde erstere Unterstützung eingeführt, so könnte auch die Verschmelzungsfrage mit dem Portefeuilleverband ventiliert werden.

Zhilemann-Berlin erklärt sich gegen die Ausführungen seiner beiden Berliner Kollegen, er ist gegen den Staffelleibtrag und wünscht besonderes Augenmerk auf die Arbeitslosen- und Gemäßregeltenunterstützung zu verwenden, desgleichen auf Einführung einer Hinterbliebenenunterstützung.

Engelmann-Eisenberg wünscht, daß mit Rücksicht auf die kleinen Städte eine niedrige Beitragsklasse zur Einführung gelange, auch Kholz-Dröden erklärt sich dafür und gibt seiner Freude Ausdruck darüber, daß der Staffelleibtrag immer mehr Anhänger finde.

Schlegel-Hamburg spricht ebenfalls dafür und weist darauf hin, daß nicht nur die Verbände mit hohen Beiträgen, sondern auch die mit niedrigeren Fortschritte zu verzeichnen haben, was meist übersehen wird, gerade solche mit Staffelleibträgen.

Albert-Magdeburg meint, daß nicht wegen der Unterstützungsseinrichtungen der Verband dem Abgrund zutreibe, aber der gewerkschaftliche Gedanke leide Schaden und die Aktionsfähigkeit des Verbandes würde erheblich eingeschränkt, wenn das Unterstützungsweffens zu weit ausgedehnt würde, deshalb wende er sich mit Ausnahme der Verbesserung der Arbeitslosen- und Gemäßregeltenunterstützung gegen jede weitere Unterstützung.

Frl. Hieber und Frau Koczielniak=Berlin erklären sich in längeren Ausführungen für eine Erhöhung der Beiträge für Arbeiterinnen und für die vorliegenden Anträge auf Einführung von neuen Unterstützungsweigen, für Braut- und Wöchnerinnenunterstützung, wenn angängig für Krankenunterstützung.

In der Nachmittagsitzung wird die Debatte fortgesetzt.

Brunns=Solingen erklärt sich für Erhöhung der Beiträge, jedoch gegen den Staffelbeitrag, durch den auch nicht mehr Mitglieder gewonnen würden; er ist für Hinterbliebenenunterstützung.

Güth=Wielfelb ist bedingt für Staffelbeitrag, der für einige Gegenden, wo unser Verband schlecht Eingang finden kann, bestehen müßte. Redner erörtert näher den Wert der Invalidenunterstützung. Gerhards=Nürnberg ist gegen den Staffelbeitrag und für die Unterstützung für weibliche Mitglieder, von denen er sich großen agitatorischen Erfolg verspricht.

Schaible=Leipzig ist gegen Staffelbeiträge und hält die Einführung der Invalidenunterstützung für undurchführbar.

Umbreit (Generalkommission) erklärt sich für Staffelbeiträge und setzt in längeren Ausführungen auseinander, welche Wirkung er in anderen Gewerkschaften ausgeübt hat und wie zahlreich er daselbst eingeführt ist. Er verteidigt weiter die Erwerbslosenunterstützung und spricht für Hinterbliebenen-, Braut- und Wöchnerinnenunterstützung; er erklärt die Zahlen und Ausführungen Hauzeiens für unzutreffend.

Darauf wird zur Verarbeitung der Unterstützungsanträge zu einer einheitlichen Form eine Neureorganisation gewählt, die aus Reckling-Fürth, Schröter-Stuttgart, Kornacker-Hannover, Bytomski, Jost und Frl. Hieber-Berlin, Walthers und Heß-Leipzig und Brunns-Solingen besteht.

Schröder=Leipzig ist gegen Staffelbeiträge, sowie gegen Braut- und Wöchnerinnenunterstützung, bei Einführung von Sterbegeld wünscht er solches aber auch für die Arbeiterinnen zu gewähren.

Bfuge=Leipzig wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen Umbreits bezüglich der Erwerbslosenunterstützung, er stellt sich auf Hauzeiens Standpunkt.

Klinke=Eisenberg spricht entschieden für den Staffelbeitrag, der mit Rücksicht auf die kleinen Zahlstellen zur Einführung gelangen müsse, sonst gingen uns viele Mitglieder im Erzgebirge, im Vogtland und in Schlefien usw. verloren.

Verbandskassierer Hauzeien wendet sich nochmals entschieden gegen Umbreits Ansicht, daß Krankheit und Arbeitslosigkeit gleich zu achten sei. Weiter warnt er davor, eine zu hohe Karenzzeit zu bestimmen, damit ginge der agitatorische Wert der Unterstützung verloren.

Bytomski=Berlin erklärt, früher ebenfalls ein Feind des Staffelbeitrags gewesen zu sein, seit er aber in den Nebenbranchen viel agitiere, sei er aus Zweckmäßigkeitsgründen ein Anhänger desselben geworden, auch die Rücksicht auf die Provinz verpflichte zum mindesten für eine zweite Klasse, wenn der Beitrag auf 50 Pf. bestimmt wird.

J. Frey=Stuttgart ist bedingt für Staffelbeitrag, für Erhöhung der Beiträge, für Wöchnerinnenunterstützung, jedoch gegen Brautunterstützung.

Jünemann=Erfurt ist gegen den Staffelbeitrag, schon weil die niedrige Klasse dann gerade von den Kollegen in fester Stellung benutzt würde, und bitter, die Invalidenunterstützung zur Einführung zu bringen; auch solle mehr Agitation wie bisher getrieben werden.

Sammel=Heilbronn ist gegen Staffelbeitrag, jedoch wenn der 50 Pf.-Beitrag zur Einführung kommen sollte, für eine zweite Klasse.

Faust=München spricht gegen den Staffelbeitrag und für Erweiterung der Unterstützungen, namentlich für Invalidenunterstützung und für Einführung der vorliegenden Unterstützungsanträge für weibliche Mitglieder.

Böhler=Regensburg erklärt Gerhards gegenüber, daß ein großer Teil Kollegen in Bayern sich für den Staffelbeitrag ausgesprochen habe und ersucht um dessen Einführung.

Frau Koczielniak=Berlin polemisiert gegen Alberts ablehnenden Standpunkt in der Unterstützungsfrage, sie hofft mit Sicherheit, daß bei Annahme der vorliegenden Unterstützungsanträge für weibliche Mitglieder sich deren Zahl im Verband bedeutend vergrößern wird; sie bittet ferner, die Gewährung von Umzugskosten auch auf die weiblichen Mitglieder auszuweiten.

Darauf wird um 5 Uhr abends die Debatte geschlossen und ein Antrag Kohl-Dresden verhandelt, der wünscht, daß der Verbandstag sich prinzipiell für Staffelbeiträge und dementsprechende Unterstützungsätze ausspreche, das soll dann der Kommission als Richtschnur dienen.

Es entspinnt sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, in der Jost-Berlin ersucht, den Antrag jetzt nicht zur Abstimmung zu bringen, im Gegensatz zu Albert=Magdeburg, der fordert, mit dieser Abstimmung der Kommission eine Richtschnur für ihre Entscheidung mit auf den Weg zu geben und gerade jetzt über den Antrag Kohl im Prinzip abzustimmen. Mit 23 gegen 20 Stimmen beschließt hierauf der Verbandstag in diesem Sinne.

Der Antrag Kohl wird in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 16 Stimmen abgelehnt und damit also auch der Staffelbeitrag.

Darauf spricht Schaible=Leipzig über tarifliche Vereinbarung. Wir berichten im Zusammenhang darüber.

Internationales.

Der Schwedische Buchbinderverband wird am 4., 5., 6. und eventuell 7. August in Stockholm seinen vierten Verbandstag abhalten. Die Tagesordnung und die Anträge liegen bereits gedruckt in einer 38 Oktseiten starken Broschüre vor. Der Verbandstag wird sich unter anderem auch mit einem Antrag zur Herbeiführung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses mit dem Finnischen und dem Deutschen Buchbinderverband befassen. Der schwedische Verbandsvorstand schlägt vor, daß das bestehende Übereinkommen mit dem Norwegischen und dem Dänischen, auch auf den Finnischen Buchbinderverband ausgedehnt werde; daß ferner mit dem Deutschen Buchbinderverband ein Übereinkommen, freien Übertritt der Mitglieder, sowie Reise- und Arbeitslosenunterstützung betreffend, angebahnt werde. — Unter den übrigen Anträgen ersieht man auf Einführung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung als einer der wichtigsten. Die Unterstützung soll je nach der Mitgliedschaftsdauer 1 Krone oder 1,25 Kronen täglich auf 30 Tage betragen. Die Einrichtung soll am 1. Juli 1905 in Kraft treten.

Korrespondenzen.

Die Sperre über die Firma J. F. Diehl in Offenbach a. M. ist strengstens aufrecht zu erhalten. Die Firma versucht in letzter Zeit wieder Arbeitskräfte von auswärts zu beziehen.

Gelsenkirchen. In unserer letzten Mitglieder-versammlung kamen verschiedene Mißstände hiesiger Werkstätten zur Sprache. In einer Buchdruckerei mit Buchbinderei herrscht noch die elfstündige Arbeitszeit. Ein kürzlich angestellter Werkführer bezog 22 Mk. Wochenlohn. Ein Teil der Arbeiter daselbst ist in Kost und Logis. Nun beschwerte sich einmal ein Buchdrucker über schlechtes Essen. „Sie sind nichts Rechtes gewöhnt, bei mir gibt's französische Küche“, war die Antwort, und der Buchdrucker, ein Nichtverbänder, war von jetzt an zufrieden. Ein Verbandskollege, welcher schon in größeren Städten auf Partie gearbeitet hatte, bekam Partiarbeit zu machen. Er machte sie nun so, wie es sonst üblich bei Partiarbeit ist, zum großen Ärger des Prinzipals, der ihm erklärte: „Ich bin Mitglied der Prüfungskommission; hätten Sie Ihr Gesellenstück bei mir gemacht, wären Sie durchgefallen.“ Andere Geschäfte wieder bieten den Kollegen bei zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit 5 Mk. Lohn mit Kost und Logis an. Durch den Verband ist ein Minimallohn von 20 Mk. bei neunstündiger Arbeitszeit festgelegt. Kein Kollege sollte unter diesen Bedingungen arbeiten. Bei Engagements nach hier erkundigte man sich lieber beim Bevollmächtigten, der über die hiesigen Verhältnisse gerne Auskunft gibt. Leider kam es schon vor, daß in

einem Geschäft, das unsere Arbeitsbedingungen anerkannte, ein Nichtverbänder anfang, der anstatt neun Stunden zehn arbeitete. Um derartige Arbeitsverschlechterungen zu verhindern, müssen die Gelsenkirchener Kollegen in rege Agitation treten, bis auch dem letzten der uns Fernstehenden Wert und Nutzen des Verbandes vor Augen geführt ist.

Düren. Nur selten hat man wohl in der „Buchb.-Ztg.“ etwas zu lesen gehabt aus der Metropole der Papierindustrie. Vor ungefähr drei Jahren erschien an dieser Stelle mal ein Bericht über eine abgehaltene Versammlung, welche aber ein negatives Resultat zeitigte. Um so erfreulicher war ein neuer Versuch, welcher im Februar d. J. gemacht wurde, um unter den hiesigen Kollegen etwas Aufklärung zu schaffen über unsere Organisation. Unser leider nicht mehr an der Spitze des Ganzen stehende Kollege Grünhoff aus Eberfeld hatte es verstanden, in vortrefflicher Weise die gut besuchte Versammlung zu fesseln und den Kollegen die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisation vor Augen zu führen. Es ließen sich denn auch gleich eine Reihe Kollegen neu aufnehmen, so daß wir gleich mit zwölf Mitgliedern aufrückten. Leider mußten wir die Erfahrung machen, daß ein paar nicht sattelfest waren, sondern gleich wieder umtippten. Dagegen haben sich aber weiterhin einige Kollegen uns angeschlossen, so daß wir heute mit einer Zahl von 17 Mitgliedern frohgemut daran gehen konnten, eine Zahlstelle zu bilden. Der Bestand einer solchen scheint uns gesichert, da im allgemeinen ein guter Geist unter den Kollegen herrscht und auch unsere Zusammenkünfte fleißig besucht werden. Bei unserer letzten Versammlung stand die Vorstandswahl zur Tagesordnung. Aus dieser gingen als gewählt folgende Mitglieder hervor: J. Frenken, Vorsitzender, G. Horst, Kassierer, J. Franko, Schriftführer, und Pohl als Beisitzer. Zu Revisoren wurden Faymonville und Göntgen gewählt. Nachdem nun Frenken die Kollegen bat, recht treue Anhänger des Verbandes zu bleiben und weiterhin ermunterte, fleißig zu agitieren, schloß er die gut besuchte Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband und die Zahlstelle Düren. Die Versammelten blieben dann noch lange in gemüthlicher Weise zusammen, wobei dann die glückliche Geburt der jungen Zahlstelle in entsprechender Weise begossen wurde.

An dieser Stelle ergeht nochmals die Bitte an die Kollegen, wacker mitzuarbeiten an der Ausbreitung unserer Organisation, bis der letzte uns noch fernstehende Kollege zu den Unserigen zählt. Es ist nicht zu leugnen, daß auch hier am Platze Mißstände herrschen, die beseitigt werden müssen. Bezahlt doch eine Firma für 1000 zweifarbige Blumenprägungen auf Visittkarten auf der Balancepresse 1,25 Mk. Die Pressen werden von weiblichen Arbeitskräften bedient. Dieselbe Firma fertigt 1000 Oktavkarten mit Exzerpt für Verkäufer an für 1,75 Mk., natürlich ohne Karton. Da ist gewiß alle Ursache vorhanden, unter den Arbeitern auffklärend zu wirken und sie dem Verband zuzuführen.

Die christliche Organisation der graphischen Berufe soll hier vor einigen Tagen ebenfalls versucht haben, im trüben zu fischen. Die Agitation (wenn man es so nennen darf), war so geheim getrieben worden, daß nicht ein Mensch davon Wind bekommen hatte. Durch Zufall kam die Sache ans Licht und erfuhren wir, daß die Versammlung wegen zu vielen leeren Plätzen nicht stattgefunden hat. Was muß das übrigens für eine Gesellschaft sein, die sozusagen hinter verschlossenen Türen tagt. Fürchtet man den „Feind“, oder fühlen diese Christlichen, daß sie doch zur Ohnmacht verdammt sind und so an die Öffentlichkeit zu treten schon nicht mehr wagen dürfen?!

Zwickau. In der am 9. Juli stattgefundenen Versammlung berichtete Kollege Schröder=Leipzig über den Verbandstag. Sehr eingehend besprach er die Beitragserhöhungen und die beträchtlich erweiterten Unterstützungsätze. An der Diskussion über den Bericht beteiligte sich nur Kollege Meiß. Derselbe stellte folgende Resolution: „Die Zwickauer Kollegen ersuchen aus dem Bericht vom Verbandstag, daß derselbe zum Wohl und Vorteil des Verbandes und seiner Mitglieder gearbeitet hat und den Wünschen der großen Mehrheit in jeder Weise gerecht geworden ist. Insbesondere erfreut es uns,

daß der § 20 des jetzigen Statuts eine für alle Verbandsmitglieder günstige Gestaltung erhalten hat, und daß die Unterstützungssätze in so weitgehender Weise ausgebaut wurden. Die beschlossene Erhöhung des Beitrags auf 45 Pf. ist nicht zu hoch. Wir versprechen auch in Zukunft treu zum Verband zu halten."

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem Schlußwort des Kollegen Schröder, worin er die Kollegen auffordert, am Weiterausbau des Verbandes lebhaft teilzunehmen, nahm die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Bundschau.

* Vom 23. bis 26. Juli findet in Dresden der 25. Verbandstag des Bundes Deutscher Buchbinder statt. Dem aufgestellten Programm nach werden die Innungsmeister ziemlich viel vergnügte Stunden in Elbflorenz verleben. Von den Anträgen heben wir den des Herrn Söchtig-Berlin hervor, welcher verlangt, bei den Handwerkskammern ein Gesetz zu erwirken, das die Lehrlingszuchterei eindämme. Er beantragt daher, daß Betriebe

bis 5 Gesellen höchstens	3	Lehrlinge,
von 6—10	=	4
= 11—25	=	6
= 26—50	=	7
= 51—100	=	8
= 101 und mehr	=	10

halten dürfen.

Zur Festsetzung der in jedem Betrieb beschäftigten Gehilfen gilt die Durchschnittszahl eines Jahres.

Nach diesem Vorschlag hier würden somit unsere Großbuchbindereibitzer weniger Lehrlinge halten dürfen, als ihnen unser Tarif zugestehet. Zur Rettung des Handwerks macht Nagler-München den originellen Vorschlag:

"Einführung gesetzlicher Bestimmungen, daß Fabrikbetriebe, die handwerksmäßig ausgebildete Leute beschäftigen, zu den Unkosten der Ausbildung beizusteuern haben."

Unter Punkt 11 soll über Arbeitslosenversicherung und in Punkt 12 über paritätische Arbeitsnachweise beraten werden. Ein Antrag Kallmann-Würzburg verlangt, die Verleger illustrierter Blätter möchten ihre periodisch erscheinenden Feste so drucken, daß für den Buchbinder brauchbare Gestlagen gebildet sind.

* Im Leipziger Handelskammerbericht für 1903 fanden sich folgende, uns interessierende Sätze:

"Der Geschäftsgang bei den fabrikmäßig betriebenen Großbuchbindereien war, besonders in der zweiten Jahreshälfte, sehr reger. Nach dem im Jahre 1902 eingeführten Farbreliefprägungen war auch im Berichtsjahr noch lebhaft Nachfrage, so daß sich das Aufstellen weiterer Spezialmaschinen notwendig machte. Hauptabgabegbiet für die Buchbindereierzeugnisse blieb Deutschland, in erster Linie Leipzig selbst. Bedauerlicherweise sind in letzter Zeit mehrfach Geschäftsverbindungen mit München, Stuttgart, Berlin usw. dadurch verloren gegangen, daß dort mit bedeutendem Kapitalaufwand eigene Betriebe nach Leipziger System eingerichtet und vergrößert worden sind. Infolge gegenseitiger Unterbietungen wurde der Verdienst ziemlich unlohnend. Arbeitermangel, besonders an gut geschulten Kräften, machte sich im letzten Vierteljahr recht fühlbar, so daß man sich mit den von auswärts zugezogenen, im Großbetrieb unbekanntem Arbeitskräften behelfen mußte."

Trotz alledem haben die Prinzipale sich niemals bemüht gefühlt, ernstlich mit uns für Ausdehnung des Tarifs und ehrliche Einhaltung desselben einzutreten. Wie oft mußten die Prinzipale gedrängt werden, damit endlich einmal eine Tarifamts- oder Tarifkommissionsführung zustande kam. Der Schundkonkurrenz wird am besten durch tarifliche Regelung von Arbeits- und Lohnverhältnissen der Boden unter den Füßen weggezogen.

* Eine nette Innungswirtschaft wurde vor dem Berliner Schöffengericht aufgestellt. Die Germania-Bäckerei in Berlin gibt die „Deutsche Bäckermeisterzeitung“ heraus, an welcher ein Re-

dakteur namens Paerich angestellt ist. Diesem war in dem Gehilfenorgane der Vorwurf gemacht, er habe im Jahre 1900 900 Mk. und jetzt wieder 2000 Mk. Zeitungsgelder unterschlagen, diese Unregelmäßigkeiten wisse auch der Obermeister Bernard, derjelbe habe sie aber vertuscht. Das in Berlin erscheinende lokale Organ der Bäcker setzte dieser aus der „Bäckerzeitung“ (Verbandsorgan der Bäckerarbeiter) übernommenen Notiz die Worte hinzu: Und solche Spitzbuben stellt man mit einem Gehalte von 1500 Mk. jährlich wieder ein! Das ist geradezu eine Prämie für die Spitzbüberei. In der nunmehr dieserhalb verhandelten Privatklage wegen Beleidigung wurde der Redakteur des Verbandsorgans freigesprochen, während der des Berliner Organs 50 Mk. Geldstrafe erhielt. In der Urteilsbegründung wird gesagt, es seien so grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß der Gerichtshof seine Bewunderung darüber aussprechen müsse, wie es möglich war, daß die Innung einem solchen Manne noch fernerhin Ehrenämter anvertrauen konnte. Den Begriffen der Moral entspreche es, daß man einen Mann, der in so unglaublicher Weise mit fremden Geldern wirtschaftete, sofort seines Amtes entsetzt.

* Union, Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart. Die Herren Otto Kröner und Adolf Spemann sind durch ihre Berufung in den Aufsichtsrat aus der Direktion der Gesellschaft ausgeschieden. Neu eingetreten ist das seitherige stellvertretende Vorstandsmitglied Herr Friedrich Lehmann; die Herren Hugo Baumgärtner und Gustav Feller wurden zu Prokuristen bestellt.

* In der Firma Carl Lauser, Geschäftsbüchereifabrik und Buchdruckerei, Stuttgart, feierten der Werkführer Theodor Grau, sowie die Falzerin Frau Ernestine Bachofer am Samstag, 9. Juli, das Fest ihrer 25jährigen Berufstätigkeit. Die Jubilare wurden an ihren reich und sinnig dekorierten Arbeitsplätzen von dem Chef der Firma im Beisein des Arbeiterausschusses und der Betriebsbeamten begrüßt und beglückwünscht. Herr Lauser dankte den Jubilaren in warmen Worten für die der Fabrik in den 25 Jahren geleisteten treuen Dienste und überreichte denselben namens der Firma namhafte Geldspenden nebst den Diplomen des deutschen Papiervereins, sowie des deutschen Papierindustrievereins. Im weiteren bewilligte die Firma den beiden Jubilaren einen Urlaub von 14 Tagen bei vollem Gehaltsbezug. Die Arbeiterschaft stiftete ihren Jubilaren ebenfalls wertvolle Geschenke, die vom Vorstehenden des Arbeiterausschusses mit einer herzlichsten Ansprache übergeben wurden.

Der Abend vereinigte die Jubilare mit dem gesamten Geschäftspersonal zu einer zwanglosen Zusammenkunft in dem Garten der Stuttgarter Brauereigesellschaft. Der ganze Verlauf des Festes gab Zeugnis von den zwischen Prinzipal und Personal herrschenden guten Beziehungen und dürfte die Feier jedem der Teilnehmer in bester Erinnerung bleiben.

* Der Landeszentralverein der Buchbinder Böhmens hat vom 1. Juli ab die Krankenunterstützung obligatorisch eingeführt. Der Vereinsbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 50 Heller wöchentlich, für weibliche 30 Heller.

* Ein armer Krüppel, der sich kaum noch fortbewegen kann, stand in der Person des 35 Jahre alten Buchbindergehilfen Viktor Franz Eugen Decker aus Saargemünd vor der Strafkammer unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte ist schon neunmal, darunter viermal wegen Majestätsbeleidigung bestraft; wegen dieses letzteren Vergehens hat er sogar einmal zwei Jahre Gefängnis verbüßt. Infolge seines erbärmlichen körperlichen Zustandes ist er vollkommen erwerbsunfähig, und so sucht er von Zeit zu Zeit Unterkunft im Gefängnis zu finden. Aus diesem Grunde kam er auch am 2. Juni auf die Polizeiwache in Colmar und übergab einen Zettel, auf welchem eine beleidigende Äußerung über den Kaiser geschrieben und von ihm unterschrieben war, und bat, man möge ihn verhaften. Seinem Wunsche wurde denn auch stattgegeben. Decker, der sein Geständnis

wiederholte, wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

* Eine für Akkordarbeiter wichtige Entscheidung fällt das Stuttgarter Gewerbegericht. Zwei Gipser übernahmen gemeinschaftlich eine Arbeit. Der gemeinsam verdiente Lohn betrug 22 Mk. Bei der Teilung übergab der Partieführer seinem Kollegen nur 9 Mk., worauf dieser auf Nachzahlung von 2 Mk. klagte. Bei der Verhandlung machte der Beklagte geltend, daß er mehr geleistet habe als der Kläger.

Die Entscheidung erging nach § 54 Abs. 4 des G.-G.-G. durch den Vorsitzenden; der Beklagte wurde verurteilt.

Aus den Gründen heben wir hervor: Der Vertrag, der zwischen den Parteien bestanden hat, stellt sich als Gesellschaftsvertrag im Sinne der § 705 ff. des B. G.-B. dar. Die Beiträge der Gesellschafter haben in der Leistung von Diensten bestanden, und zwar waren die Gesellschafter gegenseitig zur Leistung gleicher Beiträge verpflichtet (§ 705 des B. G.-B.). Für die Einlagen, die in der Leistung von Diensten bestanden haben, können die Gesellschafter bei der Auseinanderlegung keinen Ersatz verlangen (§ 733 Abs. 2 Satz 3 des B. G.-B.). In § 722 Abs. 1 des B. G.-B. ist bestimmt, daß dann, wenn die Anteile der Gesellschafter am Gewinn nicht vereinbart seien, jeder Gesellschafter ohne Rücksicht auf die Art und die Größe seines Beitrags einen gleichen Anteil am Gewinn, hier am Akkordlohn habe. Wenn daher jeder Gesellschafter die Hälfte des Gewinns fordern kann, so ist doch keineswegs ausgeschlossen, daß der eine Gesellschafter deshalb, weil der andere seinen Beitrag nicht ordnungsmäßig geleistet habe oder mit der Leistung in Verzug gekommen sei, gegenüber der Klage auf Auszahlung des Gewinnanteils die Einrede des nicht erfüllten Vertrags geltend macht oder eine Schadensersatzforderung aufrechnet.

Bei Beurteilung der Art der Beitragsleistung, die in Leistung von Arbeit besteht, ist davon auszugehen, daß nicht die Arbeitsmenge, sondern die Arbeitszeit den Maßstab bildet. („Das Gewerbegericht“ Nr. 10.) Der Beklagte hat aber nicht behauptet, der Kläger habe weniger lang gearbeitet, wie er, sondern nur geltend gemacht, er habe die Arbeit nicht gleich sehr gefördert. Demnach konnte nicht festgestellt werden, daß der Kläger mit Leistung seines Beitrags in Verzug gekommen sei; Ansprüche des Beklagten hierwegen bestehen also nicht.

* Einen neuen Rechtsgrundsatz hat das Reichsverwaltungsamt aufgestellt. Wie so viele andere Menschen, haben auch nicht wenige Arbeiter die leidige Gewohnheit an sich, von der elektrischen Straßenbahn während der Fahrt abzuspringen. Erleben sie nun dabei einen Unfall und befinden sie sich gerade bei der Zurücklegung eines Arbeitsweges, so wird meistens Anspruch auf Unfallrente erhoben. In einer Rekursentscheidung hat das Reichsverwaltungsamt nun den Rechtsgrundsatz aufgestellt, daß solches Abpringen als eine „nicht ordnungsmäßige“ Benutzung eines an sich zulässigen Beförderungsmittels anzusehen und deshalb für geeignet zu erachten ist, den Zusammenhang mit dem Betriebe zu lösen.

* Ein durchaus unberechtigtes Verlangen stellte neuerlich die Dresdener Polizeidirektion an die Gewerkschaften bei Versammlungsanmeldungen. Der Vertrauensmann der Sattler meldete einen Vortrag über die Darwinische Theorie an. Es wurde ihm bei der Gelegenheit bedeutet, daß solche wissenschaftliche Vorträge künftig 48 Stunden vorher anzumelden seien und dann wurden ihm 1,50 Mk. für die Anmeldung abverlangt, auch die Schuhmacher mußten diesen Betrag entrichten, ehe der Anmeldende die Bescheinigung in Empfang nehmen konnte. Dergleichen polizeiliche Absonderlichkeiten sind zwar dann und wann in kleineren Orten vorgekommen, aber in einer Stadt wie Dresden ist diese neue Methode denn doch mehr wie auffällig. Das sächsische Vereinsgesetz schreibt in seinem § 2 nur vor, daß eine Versammlung wenigstens 24 Stunden vorher anzumelden ist, in dem vom Leipziger Polizeinspektor Försternberg herausgegebenen Leitfaden über das „Zuwel“ findet sich auch nicht der geringste Anhalt für eine Ausdehnung dieser Frist

auf 48 Stunden. Bezüglich der auszustellenden Bescheinigung sagt Förstnerberg unter Hinweis auf eine ministerielle Verordnung vom 27. März 1875, daß die Anmeldebeseinigung kostenlos erteilt werden muß; in diesem Sinne haben auch die Gerichte schon mehrfach entschieden. Man darf also begierig sein, ob der neue Dresdener Kurs anderswo Nachahmung findet und worauf sich diese Maßnahmen stützen.

* Der bedrohliche Gruß. Auf die Aussage eines 18jährigen Maurerlehrlings, der in seinen Aussagen sehr unbestimmt und schwankend war, wurde in Königsberg vom Schöffengericht der Vorsitzende der Filiale des Zentralverbandes der Maurer, Genosse Dudde, wegen angeblicher Bedrohung eines Arbeitswilligen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Dudde ist an einem Neubau vorbeigegangen und hat einen Maurerlehrling gefragt, ob auf dem Bau noch ein ihm bekannter arbeitswilliger Maurer arbeite. Der Lehrling hat das bejaht, und daraufhin hat Dudde zu ihm gesagt, er lasse den Maurer grüßen. Der Maurerlehrling will aber noch eine Drohung gehört haben. Bestimmt konnte er aber nicht sagen, was für eine Drohung Dudde ausgestoßen habe. Auch bei der Vernehmung auf der Polizei habe er nicht bestimmt gekußt, welches die Drohworte waren, die Dudde ausgestoßen habe. Der Beamte habe die Worte aber aufgeschrieben und er habe gesagt, daß es so stimme. Er habe aber auch schon die Worte: „Sag' ihm man, ich laß ihn grüßen“ als eine Drohung aufgefaßt. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende an, daß auch die Worte: „Sag' ihm man, ich laß ihn grüßen“ schon eine gewisse Drohung bedeuten. Es ist aber auch angenommen, daß Dudde wirklich Drohworte ausgestoßen habe. Die Beratung des Gerichts dauerte höchstens fünf Minuten.

* Keine Ersatzpflicht der Gewerkschaften. Ein Bauunternehmer in Magdeburg hatte gegen den dortigen Vertrauensmann der Maurer und einige andere Maurer eine Klage auf Schadenersatz geltend gemacht, weil dieselben über einen von ihm geführten Bau die Sperre wegen Lohnforderungen verhängt hatten. Es wurden für die Dauer der Sperre fünf Prozent von 55 000 Mk. und außerdem noch eine größere Summe als Ersatz verlangt. Das Landgericht wies jedoch die Ansprüche des geldbedürftigen Bauherrn ab.

* Am 1. Juli ist in Saarbrücken ein mit Unterstützung der Generalkommission errichtetes Arbeitersekretariat in Wirksamkeit getreten. Sekretär ist der bisherige Agitationsleiter des Bergarbeiterverbandes Portenkirchner. Die Auskunftserteilung geschieht an jedermann unentgeltlich. Die neue Institution wird hoffentlich dazu beitragen, der Recht- und Schutzlosigkeit der Arbeiter im Saarrevier Einhalt zu tun, und endlich auch einmal dem preussischen Fiskus zeigen, daß auch er das vom Reiche gewährleistete Koalitionsrecht anerkennen muß.

* In Nr. 28 der „Metallarbeitsztg.“ befindet sich eine Aufstellung über das Stärkeverhältnis des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber dem Hirsch-Dunderschen Gewerkverein. Danach hatte der Deutsche Metallarbeiterverband am 31. Dezember 1903 160 135 Mitglieder, der Gewerkverein (Metallarbeiter) am 31. Januar 1904 43 239 Mitglieder. In Berlin hat der Deutsche Metallarbeiterverband allein 35 741 Mitglieder, in weiteren 21 Zahlstellen über 1000 Mitglieder. Nur in zwei Bezirken hat der Gewerkverein mehr Mitglieder als der Deutsche Metallarbeiterverband.

* Der Verbandstag des Zentralverbandes der Konditoren, Leb- und Pfefferküchler fand in Dresden vom 23. bis 25. Mai statt. Es waren 8 Bezirke mit 24 Filialen durch 11 Delegierte und der Hauptvorstand durch den Verbandsvorsitzenden vertreten. Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht der Hauptverwaltung ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes von 812 Ende 1901 auf 1715 Ende 1903, davon die der weiblichen Mitglieder von 5 auf 401 stieg. Neu errichtet wurden 7 Zahlstellen, von denen 4 wieder eingingen.

Der Kassenbericht weist für 1902/03, einschließlich 7477,80 Mk. Kassenbestand vom Jahre 1901, eine Gesamteinnahme von 37272,96 Mk. und eine Gesamtausgabe von 25973,60 Mk. auf, wonach ein Kassenbestand von 11299,36 Mk. für 1904 verbleibt. Von den Ausgaben sind besonders zu erwähnen: Unterstützung an Arbeitslose 7432 Mk., an Kranke 4512 Mk., auf Reise 60,50 Mk., für Streiks 148,70 Mk., für Gemäßregelte 25 Mk., ferner Sterbegeld 850 Mk., Umzugskosten 425 Mk., Rechtsschutz 117,70 Mk., Redaktion und Verwaltung 3340,80 Mk., Druckkosten und Versand des Fachorgans 3080,26 Mk., Agitation 850,45 Mk., Verbandstag 780,30 Mk., Zentralarbeitsnachweis 400 Mk., Generalkommission 375,36 Mk.

Die Zahl der Lohnbewegungen betrug im Jahre 1902: 2, im Jahre 1903: 7. Die Erfolge waren im allgemeinen günstig; in Hannover und München wurden Tarife abgeschlossen; in Berlin scheiterte die Bewegung an der Haltung einer auf dem Boden der Harmonie stehenden Sonderorganisation. Der Bericht des Ausschusses bietet nichts von wesentlichem Interesse.

Nach kurzer Debatte wurden sämtliche Anträge auf Erhöhung der Eintrittsgelder und Beiträge für weibliche sowie männliche Mitglieder abgelehnt und nur der Beitrag für Lehrlinge auf 15 Pf. festgesetzt, während das Eintrittsgeld für diese in den ersten zwei Jahren der Lehrzeit erlassen, in den letzten zwei Jahren auf 50 Pf. bestimmt wird. Nach der Lehrzeit sollen die 15 Pf.-Beiträge in solche zu 40 Pf. umgerechnet und danach die Dauer der Karenzzeit angerechnet werden. Eine Erhöhung des Sterbegeldes wurde abgelehnt, ebenso die Erhöhung anderer Unterstützungsleistungen.

Beim Punkt „Lohnbewegungen und Streiks“ fand ein Streikreglement des Vorstandes Annahme, das die Unterstützung der männlichen Mitglieder auf 12 Mk., der weiblichen auf 6 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 1 Mk. mehr festsetzt, und zwar bei Angriffstreiks vom 8. Tage, bei Abwehrstreiks und Maßregelungen vom 1. Tage ab. Maßregelungsunterstützung wird auf die Dauer von 40 Tagen gewährt; darüber hinaus kann der Vorstand nach Einholung eines Filialberichts weiter unterstützen. Die Filialleitungen werden angewiesen, alle Maßnahmen zu treffen, um möglichst eine Einigung auf gutlichem Wege herbeizuführen. Über Arbeitsniederlegung entscheidet einzig und allein der Zentralvorstand.

In bezug auf Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützungen wurden eine Reihe formaler Bestimmungen beschlossen, daneben aber auch Karenz-erleichterungen, während ein Antrag, der die Unterstützungsätze neu regeln will, bis zum nächsten Verbandstag zurückgestellt wird.

Beschlossen wurde ferner die Einführung eines Extrabeitrags von 10 Pf. pro Mitglied für jeden einzelnen Sterbefall und die Einführung eines monatlichen Agitationsbeitrags von 5 Pf., dessen Ertrag vor allem der Einführung der Gewerkschaft dienen soll. Der Zentralvorstand soll dahin wirken, daß die Bundesratsverordnung für Bäckereien (1896) auch auf die Konditoreien ausgedehnt und daß zum mindesten eine Höchstarbeitszeit für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in Handwerksbetrieben festgesetzt wird.

* Der englische Gewerkschaftskongress wird in diesem Jahre am 5. September und die folgenden Tage in Leeds abgehalten werden. Die soeben veröffentlichte Tagesordnung enthält auch diesmal wieder eine kunterbunte Menge von Resolutionen und Anträgen. Die Bergarbeiterföderation verlangt ein Gesetz, welches die Einwanderung von ausländischen und ungelerten Arbeitern, namentlich deren Verwendung in den Gruben erschweren soll. Andere Resolutionen verlangen die Einführung der Alterspension, die Errichtung eines besonderen Arbeitsministeriums, eines Ministeriums für Industrie und verschiedene Erweiterungen der Fabrikgesetzgebung. Die Divisionen sind verworfen. Einige Resolutionen beziehen sich auf das Arbeitsverhältnis in den Kooperativgenossenschaften. Von den Stadtverwaltungen wird gefordert, daß sie sich mit der Frage der Arbeitslosen beschäftigen; die Bäckerarbeiter verlangen die Abschaffung der Nachtarbeit. Eine Anzahl Resolutionen befassen sich mit der sogenannten Trades Disputes Bill.

* Ein Schutz Zoll von zehn Prozent gegen die ausländische Konkurrenz verlangt der Druckereibesitzer Waterlow in einem Rundschreiben an die Prinzipale Englands. Den englischen Druckern soll mit in Deutschland, Belgien und Holland hergestellten Katalogen und Büchern sowie mit aus Frankreich und Deutschland kommenden Lithographien eine empfindliche Konkurrenz bereitet werden.

* Für die Herstellung von Handschriftenreproduktionen hat die französische Regierung 100 000 Fr. ausgeworfen.

* Der Zeitungspostversand beläuft sich auf jährlich 3 Milliarden Zeitungen in Europa und auf 1/4 Milliarde in Amerika.

* Über die Lage des Arbeitsmarktes entnehmen wir dem gastronomischen „Arbeitsmarkt“:

Internationaler Arbeitsmarkt. Gegenüber dem Vorjahr ist im Mai das Gepräge des internationalen Arbeitsmarktes ungünstiger. Auffallend ist die Verschlechterung in England. Während hier von April auf Mai in der Regel eine Abnahme der Arbeitslosigkeit eintritt, zeigt der diesjährige Mai sogar eine Steigerung der an und für sich schon hohen Arbeitslosenziffer. Im Mai 1903 waren 3 Prozent der von der amtlichen Berichterstattung kontrollierten Arbeiter beschäftigungslos, im Mai dieses Jahres 6,3 Prozent. Die Buntätigkeit ist sehr unbefriedigend; in einzelnen Branchen des Baugewerbes sind bis zu 10 Prozent der Arbeiter ohne Beschäftigung. Im Kohlenbergbau geht die Abnahme der Förderung daraus hervor, daß die Arbeiter im Mai 1904 nur an 5,09 Tagen in der Woche arbeiteten gegen 5,21 im Mai 1903. Im Schiffbau waren 13,1 Prozent (gegen 8,7 im Vorjahr), im Maschinengewerbe 6,6 (3,8) der Arbeiter außer Stellung. Im Textilgewerbe war die Lage bisher schon so ungünstig, daß ein weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades kaum noch möglich ist. Der einzige Zweig des Textilgewerbes, in dem der Geschäftsgang einigermaßen befriedigt ist die Wolleindustrie; aber auch hier ist eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr unverkennbar. Nicht weniger als 113 400 Arbeiter haben während des Monats Mai eine Lohnverminderung erlitten, darunter 107 500 Bergleute.

Noch ungünstiger wie in England gestaltete sich der Arbeitsmarkt in Frankreich. Die Arbeitslosenziffer stieg nämlich von 7 Prozent im Mai 1903 auf 10,7 Prozent im Mai dieses Jahres. Im Textilgewerbe mußten die Arbeiter ein bis zwei Tage in der Woche feiern. Außerdem war hier die Zahl der Unbeschäftigten so groß, daß dadurch die allgemeine Lage sehr erheblich beeinträchtigt wurde. Besonders stark war die Arbeitslosigkeit auch im Hutmachergewerbe, während sie in der Landwirtschaft etwas abgenommen hat. Eine kleine Besserung zeigte sich in einigen Zweigen der Metallverarbeitung, befriedigend war der Geschäftsgang in der Glasindustrie.

In den Vereinigten Staaten hat die Zahl der Unbeschäftigten gleichfalls zugenommen. Zahlreiche Entlassungen fanden namentlich im Verkehrsgewerbe statt. Gegenüber dem April ist auch im Kohlenbergbau eine Ermattung eingetreten. Der Kohlenabsatz ließ schon zu Beginn des Mai so nach, daß die Förderung nicht nur eingeschränkt, sondern auch auf vielen Gruben die Zahl der Beschäftigten vermindert wurde. Befriedigend war meistenteils der Geschäftsgang im Baugewerbe, sowie auch in einzelnen Zweigen der Textilindustrie. Selbst in der Baumwollbranche war der Beschäftigungsgrad nicht so ungünstig wie in den unmittelbar vorhergegangenen Monaten.

* Internationale Streikstatistik. Der meist beobachtete Rückgang der Streikbewegung im Mai trat auch dieses Jahr ein. Während in Deutschland, Frankreich und England zusammen im April 206 Ausstände gezählt wurden, waren es im Mai nur 167. Die Zahl der Beteiligten ging in England und Frankreich von 40 417 im April auf 17 679 im Mai zurück. So erheblich dieser Rückgang auch ist, so bleibt doch die Streikbewegung im Mai 1904 noch immer erheblicher als im Ver-

gleichsmonat des Vorjahres, wo in Deutschland, Frankreich und England zusammen nur 113 Streikfälle gezählt wurden. Die Zahl der Streikbeteiligten betrug im Mai 1903 in Frankreich und England 16193. Am lebhaftesten von den drei genannten Ländern war wie schon im Vormonat wieder die Bewegung in Frankreich, auf das nicht weniger als 93 Fälle mit 13236 Streikenden entfielen. Vor allem spielte sich im Mai ein großer Ausstand in der Landwirtschaft ab, an dem sich ca. 4000 Arbeiter beteiligten. Sodann traten an sehr vielen Hafenplätzen die Dockarbeiter in Ausstand. Auch in Italien streikten Land- und Hafenarbeiter in erheblicher Zahl. Der Gewerkschaftsbund der Landarbeiter der Lomellina proklamierte am letzten Mai den allgemeinen Ausstand. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag. Ein großer Ausstand im Baugewerbe begann Ende Mai auch in Rom. Beteiligt waren bei Beginn des Streiks etwa 8000 Arbeiter. In der Umgegend von Mailand streikten außerdem gegen 3000 Textilarbeiter. In Amerika nimmt die Streikbewegung wieder zu, obwohl die Lage des Arbeitsmarktes wenig Erfolg für größere Ausstände verspricht. Vor allem sind die Arbeiter im Verkehrsgewerbe an der Streikbewegung beteiligt. In Newyork streikten die Frachtverlader, denen sich mehrere tausend Angehörige verwandter Berufszweige, darunter 8000 Fuhrleute anschlossen. In Bahia ist ein Generalstreik ausgebrochen. Ein solcher wird auch aus Callao (Peru) gemeldet. Die Ursache der beiden zuletzt erwähnten Ausstände sind politischer Natur und werden teilweise von den Arbeitgebern begünstigt. In Japan ist seit Ausbruch des Kriegs die Streikbewegung bis auf ein Minimum zurückgegangen. In den gewerblichen Betrieben werden alle Konflikte entweder zu vermeiden gesucht oder doch ihr Ausbruch bis nach Beendigung des Kriegs möglichst verschoben. Aus dieser Haltung der Arbeiter geht deutlich die Solidarität der Interessen hervor, die bei dem russisch-japanischen Krieg alle Kreise der japanischen Bevölkerung eng verbindet. — Die Zahl der neu begonnenen Streiks betrug im Mai (Rev. d. trav., Brüssel; Bull. de l'off. d. trav., Paris; Labour Gaz., London):

Gewerbe	Deutschland		Belgien		Frankr.		England	
	Streikfall	Beteiligte	Streikfall	Beteiligte	Streikfall	Beteiligte	Streikfall	Beteiligte
Bergbau, Hütten	1	2	—	—	1	104	4	530
Steine, Erden	5	2	—	—	8	891	—	—
Metalle, Maschinen	2	2	—	—	14	1181	7	1467
Textilgewerbe	2	3	—	—	11	1367	5	1018
Holz u. Schnitzstoffe	7	—	—	—	9	420	—	—
Nahrungsmittel	3	—	—	—	2	250	—	—
Bekleidung	5	1	—	—	2	39	—	—
Baugewerbe	22	4	—	—	8	1391	4	1345
Uebrige Gewerbe	5	3	—	—	38	7517	2	83
Summa	52	15	2	—	93	13236	22	4443

(„Der Arbeitsmarkt“ Nr. 19.)

Literarisches.

Die „**Neue Zeit**“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieb' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen. Erschienen ist Heft 41.

„**Soziale Praxis**“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 41.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist uns Nr. 15 des 14. Jahrgangs zugegangen. — Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Der „**Wahre Jacob**“ (Stuttgart, Dieb' Verlag) hat soeben die 15. Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. — Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

„**Der Jesuit**“, ein Charaktergemälde aus dem ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts von C. Spindler. Diesen gerade jetzt zeitgemäßen Roman bringt die in Arbeiterkreisen bestbekannte illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ zum Abdruck. Mit der bereits im achten Jahre erscheinenden Wochenschrift

hat der Parteiverlag es unternommen, die in Arbeiterkreisen leider noch viel verbreitete Schundliteratur zu verdrängen. All den Reichum, an dem sich die besitzende Klasse erfreut, schaffen die Millionen fleißiger Arbeiter. Und gerade diese Erschaffer all dieser Schönheiten sind fast gänzlich ausgeschlossen, nicht nur von den materiellen Genüssen des Lebens, nein, ihnen sind auch die Schätze des Geistes, die Früchte der Bildung verschlossen.

Diese Schätze der Literatur für die Arbeiterklasse, für ihre Frauen und die heranwachsende Jugend zu erschließen, ist die Aufgabe, die mit Hilfe der Wochenschrift „In Freien Stunden“ erstrebt wird.

Darum ist es aber auch die Aufgabe der Arbeiterklasse, für die möglichst weiteste Verbreitung dieser Romanbibliothek zu sorgen, die zum billigsten Preise von 10 Pfennig wöchentlich 24 Seiten interessanten und belehrenden Stoffes bringt. In jeder Woche erscheint ein Heft zu 10 Pfennig, das in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist und von jedem Kolporteur besorgt wird. Abonnenten können jederzeit eintreten.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Atona: Arth. Schneider, Ottenjen, Arnoldstr. 27 K.

Anzeigenfeil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.
447] [6.90

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 4

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Geschäftsbericht.
3. Kontrollbericht.
4. Neuwahl der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes Kassenangelegenheiten.

Quittungsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Dresden.

Sonntag den 23. Juli, abends 9 Uhr, im Gasthaus „Senefelder“, Raulbachstraße 16

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Stellungnahme, Brief Zentralvorstand contra Ausschub.
3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Erlangen.

Sonntag den 17. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Kassenlokal (A. Ziel)

Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Gesamtverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Neunter Verbandstag Dresden.

Gruppenbilder à 2,50 Mk. (inkl. Porto). [1.80

Bestellungen nimmt entgegen Rud. Jennrich, Dresden-A., Reitbahnstr. 3 III. 454]

Rasiermesser von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt Fritz Hammesfahr

Fabrik u. Versandhaus Foche b. Solingen. D. R. G. M. * Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl Mk. 3,25
Kronen-Silber-Stahl . . . Mk. 2,25

Fertig zum Gebrauch m. Etui. Für jed. Stück wird garantiert.

Streichriemen Mk. 1.— bis Mk. 1,80. Rasierpinsel, Rasierschalen à Mk. —,50, Oelabziehstein Mk. 2,50, Schürmisse Mk. —,30, Rasierseife Mk. —,25, Rasier-Garnitur komplett in f. Etui Mk. 8.—.

Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko und umsonst.

Verantwortl. Redakteur: Georg Schmidt, Sophienstr. 10 I. — Druck von J. S. W. Dieb' Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart

Verwaltungsstelle Regensburg.
Sonntag den 17. Juli, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Hilll (Delberg)

Hauptversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Stettin.
Am 4. Juli starb nach längerer Krankheit unser Mitglied
Erich Hagen
aus Stettin im Alter von 23 Jahren.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Der ehemalige Sangesbruder [0.60]
August Frank
wird ersucht, seinen Verpflichtungen dem Gesangsverein gegenüber nachzukommen.
448] Buchbinder-Männerchor München.

Buchbindereien
mit Ladengeschäft, welche einige überall gangbare Artikel zum Handverkauf übernehmen wollen, werden um genaue Adresse gebeten. [1.00
449.] J. F. Heyls Verlag in Kahlta a. S.

Laden m. Wohn., unmittelbar. Nähe gr. Schule. als Schreibwarenhandl. mit Buchbinderei in volkreich. Vorstadt Leipzigs per 1. Oktober zu verm. Off. unt. L. G. 2978 an Rudolf Woffe, Leipzig. 450] [1.00

Tüchtiger Kartonnagen-Zuschneider,
mit allen vorkommenden Arbeiten durchaus vertraut, bei hohem Lohn für dauernde Stellung gesucht. Verheiratete bevorzugt.
Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen zu richten an [1.80
451] José del Monte, Stuttgart, Kartonnagenfabrik, Cautzatterstr. 97.

Jung. Buchbinder, der auch glatten kann, erh. Lebensstellung in Buchdruckerei d. Provinz. Offert. m. Gehaltsansprüchen erbeten unter S. G. an die Exped. dieser Zeitung. 452] [1.00

Schnittfarben
vorzüglich bewährtes Fabrikat.
Spezialfarben: Schwarz, Lila 4 Mk., Rot, Lila 6 Mk., alle anderen Farben Lila 4 Mk.
Nach auswärts Versand von 1/2 Liter an gegen Nachnahme; bei 2 Liter Porto und Versp. frei.
Summi Arabic, Schneeweiß, feinst franz. Bolus, Schabestärke, Dextrin billigt.
453.] F. E. Vörkel, [2.60
Berlin S. 14, Kommandantenstr. 44 A.